



Frank Oliver Salzgeber

**FREIBURG** Die Umfragen hatten im Vorfeld längst nicht ein so klares Resultat prognostiziert. Am Sonntag sprachen sich mehr als 58 Prozent der Schweizer Stimmbewölkerung für das Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur aus. Im Kanton Freiburg waren es sogar fast 64 Prozent. «Ich bin positiv überrascht. Ein so deutliches Resultat hätte ich wirklich nicht erwartet», sagte die Freiburger Ständerätin Isabelle Chassot (Die Mitte). Die ehemalige Direktorin des Bundesamts für Kultur hatte sich damals sehr für die Lex Netflix engagiert.

### Mehr Geld für Schweizer Film

Für die Filmförderung in der Schweiz gibt es nun zusätzliches Geld von den grossen Streamingdiensten. Neu müssen Streamingplattformen wie beispielsweise Netflix vier Prozent ihres Umsatzes in den Schweizer Film investieren. 30 Prozent ihres Angebots müssen europäische Produktionen sein. Bis auf Österreich kennen alle Nachbarländer der Schweiz heute schon vergleichbare Regelungen. «Dank des neuen Gesetzes haben Schweizer Filmschaffende jetzt gleich lange Spiesse», so Chassot, «und damit mehr Chancen, international präsent zu sein.» Als Resultat des neuen Gesetzes würden Schweizer Filme und Serien eher ins An-

gebot der Streamingdienste aufgenommen werden.

Auch die Grünliberale Partei von Freiburg zeigte sich am Sonntag in einem Communiqué erfreut: «Das ist eine gute Nachricht für Schweizer Filmschaffende.» Sogar von einem grossen Tag für die Schweizer Kultur und die Schweizer Filmschaffenden sprach Christine Bulliard-Marbach. Die Freiburger Nationalrätin der Mitte ist überzeugt: «Die Schweizer Filmindustrie erhält neue Impulse. Das ist eine grosse Chance für den Schweizer Film.»

### Drei Freiburger Gemeinden stimmten dagegen

Die FDP des Kantons Freiburg hingegen bedauert das Ja zum Filmgesetz: «Dieses Investitionsobligatorium ist eine protektionistische Massnahme und verstösst gegen die Freiheit der Konsumenten», schreibt sie in einer Medienmitteilung. Die Gegner befürchten, dass diese neue Regelung in Zukunft zu höheren Preisen für die Konsumenten führen wird.

Nur drei Gemeinden im Kanton Freiburg lehnten die Lex Netflix ab: am deutlichsten Greng mit 66,1 Prozent gefolgt von Jaun und St. Silvester. Ein Kuriosum: In Plasselb stimmten 112 dafür und 112 dagegen.

Das Gesetz soll 2024 in Kraft treten.

## Volk unterstützt kantonale aktive Bodenpolitik

Das Freiburger Stimmvolk sagte am Sonntag deutlich Ja zur aktiven Bodenpolitik des Kantons Freiburg.

**FREIBURG** Die Wahlbeteiligung war verhältnismässig tief. Nicht mal ein Drittel der stimmberechtigten Freiburgerinnen und Freiburger ging an die Urne. Umso grösser war dafür mit über 76 Prozent die Zustimmung zum Dekret über die Eigentumsübertragung und die Kapitalausstattung zugunsten der kantonalen Anstalt für aktive Bodenpolitik (KAAB). Das Geschäft über 43 Millionen Franken musste zur Abstimmung vorgelegt werden, weil es dem obligatorischen Finanzreferendum unterstanden ist.

Sehr zufrieden zeigte sich der zuständige Staatsrat Olivier Curty: «Es war das erhoffte klare Resultat. Wir haben jetzt ein Instrument, um die geplante wirtschaftliche Weiterentwicklung im Kanton fortzusetzen.» Curty hofft, dass in Zukunft auch im deutschsprachigen Kantonsteil geeignete Objekte gefunden werden. Auch Alizée Rey, Präsidentin der SP Kanton Freiburg, begrüsst das Resultat: «Damit können Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden.» Wichtig sei aber auch, dass Wert auf eine nachhaltige Entwicklung gelegt werde.

Als einzige Gemeinde im Kanton lehnte Jaun mit 54,2 Prozent die kantonale Vorlage ab. *fos*